

LANDTAGS NACHRICHTEN

17. Dezember

9 / 2015

www.landtag-mv.de



+++ Für die Freiheit eintreten – Solidarität mit Frankreich +++ Asyl- und Flüchtlingspolitik +++ M-V und der Weltklimagipfel +++ BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ +++ Öffentliche Anhörungen zum Brandschutzgesetz, Schulgesetz und Vergabegesetz +++ 25 Jahre Landtag Mecklenburg-Vorpommern – Festsitzung im Schloss +++



Titelfoto (Jörn Lehmann): Das Schweriner Schloss in weihnachtlichem Glanz.

3	GASTKOLUMNE	Jürgen Hingst (NDR) zum Thema 25 Jahre Landtag Mecklenburg-Vorpommern
4 – 14	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Gemeinsam für unsere Freiheit einstehen – Solidarität mit Frankreich“
6 – 10	Berichte	Asyl- und Flüchtlingspolitik Mecklenburg-Vorpommern und die Weltklimakonferenz Freies WLAN durch Freifunk-Initiativen?
11	Weitere Beschlüsse	Studierendenwerksgesetz M-V Veterinärbeleihungsgesetz M-V Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock
12 – 16	25 JAHRE LANDTAG M-V	„Happy Birthday, Landtag“ Festsitzung am 17. November im Plenarsaal des Schlosses „Als 15 Paragrafen Schule machten“ Podiumsgespräch mit früheren und jetzigen Abgeordneten des Landtages
17 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Wirtschaftsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zum Vergabegesetz <i>Innenausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zum Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz M-V <i>Bildungsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zum Schulgesetz <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Konstituierung der BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ <i>Energieausschuss:</i> Informationsfahrt nach Brüssel
22	PANORAMA	„Zeitensprünge“ - Jugendsgeschichtstag im Schweriner Schloss Vorschau: Schweriner Schlossfest mit "Tag der offenen Tür" im Landtag 2016
	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Nah dran – weit weg

25 Jahre Politik und Presse im Landtag

26. Oktober 1990: nicht nur die Abgeordnetensitze im Landtag sind voll besetzt, sondern auch die Pressetribüne. Das Interesse an dem neuen Bundesland im Norden ist groß. Neben den Landesmedien, wie Ostseezeitung oder Schweriner Volkszeitung, sind auch überregionale Medien da: Die Welt und die Hamburger Morgenpost, der NDR und RIAS Berlin. Alle möchten miterleben, wie Geschichte geschrieben wird. Die konstituierende Sitzung eines Landtages nach 45 Jahren politischer Unfreiheit fasziniert Leser, Zuschauer oder Hörer gleichermaßen. So war das damals.

Die Landespresse hat die späteren Entwicklungen weiter verfolgt. Sie ist dabei auch Konflikten nicht aus dem Weg gegangen. Die erste Landesregierung hatte versucht, gleich nach ihrer Amtsübernahme Journalisten zu instrumentalisieren, indem sie Kabinettt Themen selbst anbot und nicht über die gerade gegründete Landespressekonferenz. Der Streit darüber war kurz und heftig. Er wurde zugunsten der Journalisten entschieden, mit nachhaltiger Unterstützung des Landtages und seiner Verwaltung. Denn Landespolitik ist mehr als Regierungspolitik. Berichte über Themen, die das Land bewegen, über Entscheidungen der Regierung genauso wie über Gesetzesvorhaben der Parteien oder Positionen von Nichtregierungsorganisationen, sie alle gehören dorthin, wo der Souverän das Sagen hat: ins Parlament. Deshalb hat die Landespressekonferenz seit 25 Jahren ihren Sitz genau dort. Die Unterstützung des Landtages hat geholfen, Unabhängigkeit zu wahren. Auch daran kann in diesem Jahr erinnert werden.

Genauso aber gilt, dass die großen Zeiten der Landtagsberichterstattung vorbei sind. Themen aus Mecklenburg-Vorpommern erreichen immer seltener überregionale Medien. Die Süddeutsche Zeitung, Spiegel, Bild und Morgenpost haben schon längst ihre Büros in der Landeshauptstadt geschlossen. Mit Ausnahme der Frankfurter Allgemeinen ist keine überregionale Zeitung mehr in Schwerin vertreten. Auch die Landesmedien haben ihre Präsenz zurückgeschraubt. Das mag man bedauern, aber es hat nicht nur mit der Sparpolitik von Medienunternehmen zu tun.

Landtagsdebatten sind heute in den seltensten Fällen geeignet, die Öffentlichkeit zu elektrisieren. Themen aus dem Landtag sind schwer zu vermitteln. Auch der Blickwinkel der Journalisten hat sich verändert. Heute geht es mehr um



Jürgen Hingst, Leiter der Aktuell-Redaktion und Chef vom Dienst Hörfunk bei NDR 1 Radio MV, Gründungsmitglied und derzeitiger Vorsitzender der Landespressekonferenz (LPK).

exklusive Geschichten, um Einzelfälle oder am besten um aufgeregte Personen, die im politischen Raum stehen. So etwas geht immer.

Das alles ist Ergebnis einer Entwicklung, die mittlerweile weite Teile der Gesellschaft erfasst hat. Einzelinteressen gehen vor, das Gemeinsame schwindet, Institutionen verlieren an Bedeutung. Bei der jüngsten ARD-Umfrage zur Glaubwürdigkeit von Organisationen liegen Polizei, Verbraucherzentrale und Bundesverfassungsgericht ganz oben, Bundestag und Bundesregierung weit unten mit teilweise dramatischen Verlusten innerhalb der letzten drei Monate.

Noch deutlicher wird das bei der Frage, ob den deutschen Medien von Staat und Regierung vorgegeben wird, worüber sie zu berichten haben. 42 Prozent sind der Ansicht, dass das zutrifft – eine erschreckend hohe Zahl. Und es sind nicht nur die geistigen Separatisten der Pegida, die auf Distanz gehen, sondern weite Teile der Bevölkerung. Sie zurückzugewinnen, sie zu begeistern für die res publica, für die öffentliche Sache, wird eine wichtige Aufgabe der Zukunft sein. Das gilt für Journalisten genauso wie für Politiker.

„ Wir brauchen beides:
Leidenschaft in der Debatte
und Lust an der Darstellung. „

Wir brauchen beides: mehr Leidenschaft in der Debatte und mehr Lust an der Darstellung, an der Auseinandersetzung mit Politik – auch einer kritischen. Nur so wird es gelingen, verlorenes Gelände zurückzugewinnen – nicht unwichtig, wo doch bald wieder ein Wahljahr beginnt in diesem nicht mehr ganz so neuen Bundesland.

Jürgen Hingst

Gemeinsam für Freiheit eintreten

Landtag änderte kurzfristig das Thema der Aktuellen Stunde und zeigte nach den Terroranschlägen in Paris Solidarität mit Frankreich

Mindestens 132 Tote und mehr als 300 Verletzte – das ist die traurige Bilanz der Terroranschläge vom 13. November in Paris. Als Reaktion auf die Gewaltakte änderte der Landtag kurzfristig das Thema für die Aktuelle Stunde. „Wir können nach diesen Anschlägen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, begründete Vincent Kokert von der CDU-Fraktion den Themenwechsel. Statt der geplanten Debatte über die Verwendung von Steuereinnahmen für Zukunftsthemen rückten die Ereignisse von Paris in den Mittelpunkt. Das Thema hatte am Vortag noch zusätzliche Aktualität bekommen: Am Abend vor der Landtagssitzung herrschte auch in Hannover Terroralarm; das Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und den Niederlanden wurde abgesagt. Während die Redner von SPD, CDU, Linken und Grünen unisono ihr Mitgefühl mit den Opfern und Hinterbliebenen von Paris äußerten, fiel die NPD vor allem durch Zwischenrufe auf. Sie erhielt zwei Ordnungsrufe.

Fotos: Uwe Sinnacker



Vincent Kokert (CDU)

„Wir sind auch heute noch in Gedanken bei denjenigen, denen in Paris das Leben geraubt wurde, bei den Verletzten und Hinterbliebenen“, stellte **Vincent Kokert** (CDU) seiner Rede voran. „Wir beklagen Opfer einer neuen Art von Krieg. Es sind Opfer hinterhältig agierender Mordbanden aus einem verrückten Paralleluniversum.“ Die Täter seien „mittelalterliche Glaubenskrieger“, deren Brutalität „jede menschliche Vorstellungskraft“ sprengt. Die Anschläge auf Paris seien gleichzeitig Anschläge „auf die Demokratie und Freiheit“. „Wer bis gestern noch gedacht hat, der Terrorismus würde sich vielleicht auf Frankreich beschränken, der muss nach Hannover zur Kenntnis nehmen, dass schon in Paris nicht nur die französische Nation betroffen sein sollte.“ Kokert betonte: „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie“ seien jedoch „unzerbrechliche“ und „unumstößliche“ Grundwerte in Europa. Die Täter „kalkulieren offen damit, dass wir diese Werte opfern, weil wir plötzlich hinter jedem Strauch Terror wittern“. Das werde jedoch nicht passieren. Für die Opfer von Paris und alle anderen, die keinen Hass wollten, lohne es sich weiter, für Freiheit und Frieden zu kämpfen.

„Wir stehen in diesen schweren Tagen fest an der Seite Frankreichs“, betonte Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Beide Länder verbinde eine lange gemeinsame Geschichte. Die sei nicht immer von Freundschaft geprägt gewesen. Nach einem langen Aussöhnungsprozess „waren sich unsere Länder aber noch nie so nah wie heute“. Dass Deutschland bislang vom „fanatischen, mörderischen Teil des Islam“ ver-



Ministerpräsident Erwin Sellering

schont geblieben sei, sei wachsamem Sicherheitsbehörden und „vielleicht auch einer besonnenen Außenpolitik“ zu verdanken. Und einer Menge Glück, als zweimal die Zünder bereits gelegter Bomben versagt hätten. Ihm sei bewusst, dass die Anschläge die Ängste in der Bevölkerung vergrößern würden, und er ermutigte Abgeordnete wie Bürger zu kritischen Gesprächen miteinander. „Niemand muss bei MVGida oder NPD mitmarschieren oder rechtsextreme Parolen brüllen, damit er von uns gehört wird.“ Terrorängste aber mit der aktuellen Flüchtlingssituation zu vermengen, wäre falsch. „Die überwiegende Mehrheit der Muslime lehnt den Terror genauso entschieden ab wie wir.“

„Die Trauer und der Schmerz der Franzosen sind auch meine Trauer und mein Schmerz“, sagte **Helmut Holter**, Fraktionschef der Linken. Dennoch: „Hass kann und darf nicht mit Hass beantwortet werden.“ Jetzt werde sich zeigen, „ob die Europäische Union stark und solidarisch genug ist, mit diesen Herausforderungen umzugehen“. Von Krieg zu sprechen, halte er nicht für richtig. Jeder, der sich dieser Rhetorik bediene und mehr Aufrüstung fordere, sei „auf einem Holzweg“. Die Geschichte habe bewiesen, „dass diese Strategien nicht aufgegangen sind“. Bei aller Emotionalität dürfe jetzt weder der Stimmungsmache gegen Ausländer Vorschub geleistet werden, noch Vorurteilen gegen bestimmte Glaubensgemeinschaften. „Wer im Namen seines Glaubens bombt und mordet, der hat keinen Glauben.“ Aus seiner Sicht verbiete sich jeder Generalverdacht gegen den Islam.

Stattdessen müssten die Ursachen für den Terrorismus bekämpft und Waffenexporte eingestellt werden. Aus dem Kampf der Kulturen müsse ein Miteinander der Kulturen, ein „Multikulturismus“, werden. „Wer hingegen Terror mit Krieg beantwortet, wird Terror ernten.“

„Die Terroristen haben nicht zufällig die Orte ausgesucht, an denen sie ihre terroristischen Attacken ausgeübt haben“, sagte **Jürgen Suhr**, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Sie hätten damit ganz gezielt Werte wie Offenheit, Toleranz und Lebensfreude angegriffen. „Sie wollen uns all das nehmen, aber sie werden scheitern.“ Er könne nicht ausschließen, dass sich einzelne Extremisten unter die Flüchtlinge mischen, die übrigens vor genau solchen Gräueltaten fliehen. Gleichwohl müsse aber jedem Versuch der NPD, „das Flüchtlingsthema vor diesem Hintergrund zu instrumentalisieren“, eine klare Absage erteilt werden. Seine Fraktion halte es zudem für richtig, öffentliche Veranstaltungen wie das Fußballspiel in Hannover abzusagen, wenn die Sicherheit gefährdet sei. „Die Menschen haben einen Anspruch auf Schutz“, sagte er, verbunden mit ausdrücklichem Dank an die Polizisten. Die Folge dürfe aber nicht sein, Freiheit zu beschränken. „Die Auseinandersetzung mit den Feinden unserer Demokratie“ lasse sich nur „in den Köpfen und Herzen, mit Engagement“ sowie „mit Mut und einer geradlinigen Haltung“ gewinnen.

„Nach so viel Metaphysik und heuchlerisch vorgetragener Anteilnahme empfehle ich dem Parlament, zurückzukommen zu den Realitäten“, leitete **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD, seine Rede ein. Bei all ihren „Gedenkreden“ hätten es die Vorredner versäumt, darauf hinzuweisen, dass „Sie weiterhin unkontrolliert Hunderttausende Fremde in unser Land lassen, aus denen heraus dann terroristische Anschläge immer wahrscheinlicher werden“. Unerwähnt seien auch die Ursachen für Anschläge geblieben. „Das ist doch in erster Linie von Ihnen zu verantworten im Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die offen erklärt haben, die ganze Region beherrschen und politisch destabilisieren zu müssen, um an die Rohstoffe zu gelangen.“ Behauptungen, „die Terroristen hassen Demokratie und Freiheit“, seien „wohlfeil formuliert“. Pastörs warf den westlichen Ländern vor, unter Freiheit die Anmaßung zu verstehen, Ländern wie dem Irak die Regierungsform vorschreiben zu wollen.

„Schlimmer, als Sie es eben getan haben, Abgeordneter Pastörs, kann man menschenverachtende Hetze nicht betreiben. Sie sind eine Schande für dieses demokratisch gewählte Parlament.“ **Dr. Norbert Nieszery** von der SPD fand deutliche Worte für seinen Vorredner. „Es gehört zu dem menschlich Widerwärtigsten, was ich bisher in diesem Hause gehört habe, wie Sie versuchen, die Terroristen vom IS mit den Flüchtlingen in einen Topf zu werfen.“ Vielmehr sei es so, „dass die Ideologie der NPD viele Gemeinsamkeiten mit derjenigen der islamistischen Terroristen aufweist: Beide verachten unsere Freiheit, Lebensweise, offene Gesellschaft und rechtsstaatlichen Grundsätze; und beide säen Gewalt und Hass“. Natürlich würde auch Deutschland künftig seine Kontrollen der Zuwanderer verschärfen. „Das liegt nicht nur

im Interesse der einheimischen Bevölkerung, sondern auch der Flüchtlinge, die ja gerade vor Krieg und Gewalt geflüchtet sind.“ Gleichwohl werde es keine hundertprozentige Sicherheit geben können. „Auch diese bittere Einsicht müssen wir aus Paris ziehen.“ Nun gelte es, das Übel des Terrors an der Wurzel zu packen. Das werde jedoch ein langer und schwieriger Kampf.



Helmut Holter (DIE LINKE)



Jürgen Suhr (B'90/DIE GRÜNEN)



Udo Pastörs (NPD)



Dr. Norbert Nieszery (SPD)

Fotos: Uwe Sinnecker

die unentschlossen sind, ob sie eine Willkommenskultur wollen.“ Dafür reiche es aber nicht, „nur verbal den Schulterchluss zu beweisen“. Man müsse auch in der Sache zusammenarbeiten. „Und da bedarf es auch einer Einbeziehung der demokratischen Opposition.“

„Lieber Kollege Holter, ich bin gerade ein bisschen ins Schleudern geraten vor dem Hintergrund des Lobes am Minister und der gleichzeitigen Aussage, wir machten alles verkehrt. Bravourös, wie Sie die Kurve bekommen haben“, sagte **Michael Silkeit** (CDU). Ihm missfalle, dass sich die Linken „einfach ein paar Sachen herauspicken, aus dem Kontext reißen und versuchen, damit ihre Politik zu untermauern“. Zu dem Zeitpunkt, als Linke und Grüne Dolmetscherpool und Gesundheitskarte gefordert hätten, wäre das viel zu teuer gewesen. „Heute, vor dem Hintergrund des Flüchtlingszustroms, schlägt das Pendel eben in eine andere Richtung aus.“ Angesichts der Vielzahl der Flüchtlingsgipfel und „ihrer weitreichenden Inhalte“ sei es „richtig und wichtig“, das Gesagte und Getane regelmäßig zu reflektieren. Angela Merkel mitverantwortlich für den großen Zustrom zu machen, sei „Unsinn“. „Wer glaubt, dass ihr Wort Hunderttausende in Bewegung setzte, der glaubt auch, dass der Zitronenfalter Zitronen faltet.“ Silkeit bemängelte zudem, dass „überall ein Mehrbedarf“ gesehen werde, die Landespolizei dabei aber ausgeblendet werde. Auch hier bedürfe es „zeitnah Nachverhandlungen“. Zu guter Letzt schnitt er das Thema Mindestlohn an. Dieser stelle Unternehmen bei der Integration von Flüchtlingen „vor Hürden“. „Ich denke, auch in dieser Richtung darf es keine Denkverbote geben.“

„Wie das so wechselt von der Speerspitze des Mindestlohns in der letzten Sitzung zum Jetzt-machen-wir-das-Fasswieder-auf“, wunderte sich **Jürgen Suhr**, Fraktionsvorsitzender der Grünen, über seinen Vorredner. „Querdenkend, wandlungsfähig, opportunistisch – mir fällt da gar kein Wort mehr ein.“ Er merkte an, dass die Bundesregierung in der Flüchtlingskrise „in der Tat monatelang versäumt hatte, erforderliche Vorkehrungen zu treffen“. Aus seiner Sicht eigne sich das Thema jedoch nicht für Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung. „Es ist eines, bei dem beide eng zusammenstehen müssen.“ Genau das hätte seine Partei bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung getan, betonte Suhr. „Wir haben alles unterstützt, was den Flüchtlingen hilft und Haupt- wie Ehrenamtliche entlastet.“ Angesichts der Ausweitung sicherer Herkunftsländer, der Verschärfungen und Leistungskürzungen „ist für uns ein schwieriger Kompromiss herausgekommen“. Was die Umsetzung in M-V betreffe, sei die Landesregierung „in wesentlichen Punkten richtige Schritte gegangen“, etwa bei den neuen Verwaltungsstrecken für Asyl- und Integrationsverfahren, bei der Gesundheitskarte und dem Sprachmittlerpool. „Die großen Herausforderung liegen aber noch vor uns“, sagte Suhr mit Blick auf die Mammutaufgabe Integration. Dabei halte er die Sprachförderung „für das A und O“.

„Das europaweite Asylchaos lässt keinen Raum dafür, über Maßnahmen zu sinnieren, die wochenlang unbeachtet in

irgendwelchen Schubladen lagen“, machte **Tino Müller** den Standpunkt der NPD-Fraktion deutlich. Da sich die Lage „beinahe stündlich“ ändere, „müssen sowohl die Problemanalyse als auch die daraus resultierenden Maßnahmen tagesaktuell sein“. Nur so lasse sich eine Wirkung erzielen. Außerdem sei es acht Wochen nach dem Gipfel viel zu früh, „Maßnahmen zu evaluieren“. „Noch lächerlicher“ erscheine die Aussprache angesichts der „parlamentarischen Selbstlähmung auf Bundes- und Europaebene“. Müller warf der Politik vor, bislang keinen Punkt der Vereinbarung konsequent umgesetzt zu haben. Allein die „bundeseigenen Wartezentren“ verlasse ein Drittel der Asylbewerber eigenmächtig. „Und niemand hindert sie.“ Müller verwies darauf, dass die September-Beschlüsse auch Maßnahmen enthielten, die seine Fraktion bereits seit Längerem gefordert habe, aber am Widerstand des Landtags gescheitert sei. Nun komme es darauf an, auch tatsächlich die Schnellverfahren rasch umzusetzen, eine mobile Sondereinheit einzurichten sowie Polizei und Gerichte aufzustocken. Nur so könne „der Zusammenbruch des europäischen Kontinents noch rechtzeitig abgewendet werden“.

„Ich bin froh, in Deutschland zu leben, einem Land mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung. Ich habe das Glück, in eines der reichsten Länder hineingeboren zu sein und in meinem bisherigen Leben keinen Krieg erlebt zu haben. Ich finde es wichtig, dass Deutschland Menschen hilft, die aus extremen Situationen fliehen müssen und all die Voraussetzungen, die auf mich zutreffen, nicht haben“, unterstrich **Dagmar Kaselitz** (SPD). Mit den Beschlüssen vom September gelinge es, diese Hilfe im Land „noch besser zu strukturieren“. Die Landesregierung treffe „alle Vorkehrungen, um die Entscheidungen zielgerichtet umzusetzen“, knüpfte sie an die Ausführungen des Ministerpräsidenten an. Es werde an vielen Stellen intensiv gearbeitet. „Ich lasse mir hier daher heute kein schlechtes Gewissen einreden“, hob sie, an die Linken gewandt, hervor. „Manchmal habe ich das Gefühl, viele Menschen sehen nur die Probleme.“ Wie der Grünen-Abgeordnete Suhr plädierte auch sie dafür, „sich die Chancen immer wieder bewusst zu machen“. So könnten steigende Einwohnerzahlen gerade im ländlichen Bereich dazu beitragen, die Jugendarbeit im Ort zu forcieren, Schulen in ihrem Bestand zu sichern oder den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Im Idealfall gebe es eines Tages auf die Frage „Was macht ihr für Flüchtlinge?“ nur eine Antwort: „Nichts. Wir machen etwas für alle Menschen.“



Die Publikation können Sie kostenlos bei der Landeszentrale für politische Bildung bestellen oder downloaden.
www.lpb-mv.de

Global denken, lokal handeln

Grüne stießen Debatte zum Weltklimagipfel an

Die Grünen plädieren dafür, den Schutz des Klimas in der Landesverfassung zu verankern und im Bemühen um eine erfolgreiche Energiewende nicht nachzulassen. Grund für die Aussprache am 18. November war der bevorstehende Weltklimagipfel Anfang Dezember in Paris, bei dem um eine neue internationale Klimaschutz-Vereinbarung gerungen werden sollte. Die Debatte im Landtag sollte aus Sicht der Grünen noch einmal deutlich machen, wie wichtig die Energiewende sei und dass auch M-V entscheidend dazu beitragen könne.

Den Klimaschutz in die Landesverfassung zu schreiben, wäre „ein wichtiges politisches Zeichen“, um zu zeigen: „Wir haben erkannt, dass das eines der wichtigsten Themen der Menschheit ist“, argumentierte **Johann-Georg Jaeger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Vergangenheit habe in vielen Anträgen und Initiativen – jüngst etwa mit dem Entwurf zum Bürgerbeteiligungsgesetz – gezeigt, dass der Landtag das Thema nicht auf die leichte Schulter nehme. „Dass uns Grünen da vieles nicht weit genug geht, liegt in der Natur der Sache“, so Jaeger. Auch die Bundesregierung gehe „international vorbildlich“ voran, wengleich es national noch an manchen Punkten hapere. Wenn es nicht gelinge, die Erderwärmung weltweit im Schnitt auf zwei Grad zu begrenzen, hätte das „verheerende Folgen“, warnte Jaeger. „Richtig betroffen werden Menschen sein, die das Jahr 2100 erleben.“ Es sei daher Aufgabe der jetzt lebenden Generationen, dem entgegenzuwirken. Das sei schwer, aber nicht unmöglich, denn die Hälfte der Treibhausgase sei „menschengemacht“.

Er gehe davon aus, dass sich die Folgen des Klimawandels nicht erst mit der Generation 2100 bemerkbar machen, entgegenete Energieminister **Christian Pegel**. Dafür spreche auch, dass es ständig Monate gebe, die zum „heißesten, trockensten, regenreichsten oder schneeärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnung“ erklärt würden. „Es liegt daher in unserer Pflicht, verantwortungsbewusster zu handeln.“ Weltweite Maßnahmen seien dabei das eine, „Klimaschutz vor der eigenen Haustür“ das andere. Anreize dafür habe das Land bereits geschaffen, sagte der Minister und zählte beispielhaft Förderprogramme zur energetischen Sanierung und zur Einsparung von CO₂-Emissionen auf. Weitere „Hebel für den Klimaschutz“ sehe er im Ausbau der erneuerbaren Energie, der E-Mobilität und den Plänen für eine Energie- und Klimaschutzagentur, die gezielt beraten und Wissen vermitteln solle. „Die Verhandlungen in Paris können wir von hier aus nur begrenzt beeinflussen. Auch die eine große Maßnahme gibt es nicht. Klimaschutz ist die Mühe der vielen kleinen Maßnahmen, denen wir uns gerne verschreiben.“

Ja, M-V habe „schon einiges auf den Weg gebracht“, knüpfte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE) an. Das reiche jedoch nicht. „Wir brauchen konkrete Vorgaben zur Treibhausgas-Reduzierung, fürs Energiesparen und für die Energieeffizienz“, an denen sich dann alles andere ausrichte. „Die Energiewende ist der wichtigste Pfad, den Klimawandel in den Griff zu bekommen.“ Ihre Fraktion fordere daher für Deutschland, den Kohleausstieg gesetzlich zu verankern und Kohlendioxid als Umweltschadstoff zu klassifizieren. „Damit hätten wir eine Grundlage, eine Klimaabgabe auf Kohlekraftwerke festzulegen.“ Weltweit betrachtet, müsse der globale Treibhausgas-Ausstoß noch in diesem Jahrzehnt gestoppt werden. „Andernfalls werden noch mehr Landstriche nicht mehr zu bewirtschaften und zu bewohnen sein.“ Gemessen an dem Migrationsdruck, der dann auf Deutschland und Europa zukomme, „wird der heutige Flüchtlingszug ein laues Lüftchen sein“. Der Weltklimagipfel müsse also mehr als nur „Palaver“ und „gut klingende, aber unverbindliche Absichtserklärungen“ zum Ergebnis haben.



Foto: Jens Büttner

Weltklimakonferenz

Vom 30. November bis 12. Dezember fand in Paris die 21. UN-Klimakonferenz statt. Vertreter von 195 Staaten unterzeichneten ein neues Klimaschutzabkommen mit der zentralen Vereinbarung, die weltweite Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen.

Die erste UN-Klimakonferenz fand 1995 in Berlin statt. Bei der 3. Konferenz 1997 in Japan wurden mit dem Kyoto-Protokoll erstmals rechtlich verbindliche Ziele für Emissionshöchstmengen für Industrieländer international festgelegt.

Während der Pariser Konferenz haben Tausende Menschen auf der ganzen Welt demonstriert, um der Forderung nach verbindlichen Verpflichtungen Nachdruck zu verleihen.

Ob es gelingt, den Anstieg der Erderwärmung weltweit auf unter zwei Grad zu begrenzen, beeinflusst auch die Zukunft dieses Kindes.

Burkhard Lenz (CDU) wies die Kritik der Linken an den Bemühungen von Bund und Land zurück. „Die Bundesregierung will bis 2020 die Emission von Treibhausgasen um 40 Prozent gegenüber 1990 senken.“ Bis 2050 sogar um 80 bis 95 Prozent. Er halte Deutschland für einen „Vorreiter in Sachen Klimaschutz“, auch deshalb, weil es seine Minderungsziele aus dem Kyoto-Protokoll übererfüllt habe. In M-V habe die CDU-geführte Landesregierung 1997 ein Klimaschutzkonzept veröffentlicht, das zuletzt 2010 fortgeschrieben worden sei. „Damals wie heute ist meine Partei eine entscheidende Triebkraft in diesem Prozess.“ Auch für seine Fraktion stehe fest, dass die Erderwärmung reduziert werden müsse. Neben allen Risiken berge der Klimawandel für M-V jedoch auch Chancen, etwa weniger Energieverbrauch beim Heizen oder längere Vegetationsphasen in der Landwirtschaft. Inwieweit in Paris ausreichende Beschlüsse für eine CO₂-Minderung gefasst würden, bleibe abzuwarten. „Die Bundes- und die Landesregierung haben dafür jedenfalls alle Maßnahmen und Initiativen ergriffen.“

„Aussprache ist die richtige Form für die Behandlung der Weltklimakonferenz. Denn Aussprachen haben keine Folgen. Und Klimakonferenzen auch nicht“, so der Standpunkt von **Michael Andrejewski** (NPD). Das Treffen in Paris sei „eine reine Quatschkonferenz“, bei der man sich in einer „Parallelwirklichkeit“ Erfolge zurechtschneidere, die durch unterschiedliches Kalkül an der Wirklichkeit nichts änderten. „Die nördlich gelegenen Staaten Russland, Kanada und Skandinavien versprechen sich Vorteile wie neue Anbauflächen. Sie verhandeln gar nicht ernsthaft, sondern warten handereibend darauf, dass der Klimawandel eintritt.“ China hingegen kaufe in Ermangelung eigener Anbauflächen „massiv Ackerflächen in der dritten Welt“ und lege damit „den Keim für neue Konflikte“. Insofern könne sich Deutschland im Klimaschutz „nur auf sich selbst verlassen“ – indem es den CO₂-Ausstoß so weit begrenze, dass die Wirtschaft nicht zusammenbreche, indem es sich mit Dämmen vor Fluten wappne und „durch Grenzen gegen Massenzuwanderung“.

Für **Rudolf Borchert** (SPD) ist ein globaler Klimaschutz eng mit der Bekämpfung von Armut verbunden. Die Zwei-Grad-Grenze zu verfehlen, werde auch den Welthunger anheizen und zu „Klimaflüchtlings“ führen. Der Sozialdemokrat wertete es als positives Signal für die Konferenz, dass auch China und die USA im Frühjahr 2014 gemeinsam erklärt hätten, ihren Beitrag zu einem besseren Klimaschutz leisten zu wollen. Die entscheidende Herausforderung für alle Staaten sei der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energien. „Wir brauchen eine Koalition der Vorreiter“ aus Staaten, Städten, Regionen und Unternehmen, die den Klimaschutz schon sehr weit entwickelt hätten – so wie Deutschland. Mecklenburg-Vorpommern sehe er im Spannungsbogen von „global denken, lokal handeln“ gut aufgestellt, auch dank lokaler Aktivitäten. „Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel in dieser Massivität erfährt, und wir sind die letzte, die ihn begrenzen kann. Wenn es uns nicht gelingt, dann werden kommende Generationen kaum noch auf ihn einwirken können.“

Foto: Jens Büttner



Breitband statt Freifunk

Linke scheitert mit Vorschlag, frei zugängliche Netzwerke weiter auszubauen

SPD und CDU haben sich dagegen ausgesprochen, den Freifunk in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. DIE LINKE wollte mit ihrem Antrag erreichen, dass das Land seine eigenen Immobilien für entsprechende Initiativen zur Verfügung stellt und damit das Internet besser öffentlich nutzbar macht. Der Antrag enthielt zudem die explizite Forderung, sich im Bundesrat für die Abschaffung der Störerhaftung einzusetzen. Dieser Punkt war aus Koalitionssicht bereits abgearbeitet, weil gegenwärtig entsprechende Beratungen auf Bundesebene liefen.

„Im Kommunikationszeitalter erwarten die Bürger, dass sie schnell Dinge übers Internet abrufen können. Fahrpläne zum Beispiel, oder die Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden“, begründete **Helmut Holter**, Fraktionschef der Linken, am 19. November den Antrag seiner Fraktion. „Wenn jedoch selbst solche Informationen nicht verfügbar sind, weil Daten weder über das Mobilfunknetz noch über ein freies WLAN-Netz abgerufen werden können, dann ist das

Freifunk

Bei Freifunk schließen die Teilnehmer ihre WLAN-Router oder Internetanschlüsse zu einem öffentlich zugänglichen Netzwerk zusammen. Ziel dieses „Bürgernetzwerks“ ist es, Nutzern einen freien Zugang zum Internet zur Verfügung zu stellen. Frei bedeutet dabei zum einen kostenlos und zum anderen ohne Registrierung. Je mehr Router mitmachen, desto größer wird das Netzwerk.

ein Armutszeugnis.“ Dabei könne die Stärkung von Freifunk-Initiativen gerade dort Abhilfe schaffen, wo Mobilfunk bislang versage, und die „weißen Flecken bei der Netzabdeckung“ reduzieren. Dem entgegen stehe jedoch ein juristisches Problem: die Störerhaftung. Während gewerbliche Anbieter diese über AGBs ausschließen könnten, sei das für private nicht möglich. Das sei in etwa so, als wenn jemand zu schnell fahre, geblitzt werde, aber die Kommune den Strafzettel zahlen solle, weil sie die Straße zur Verfügung stelle, so Holter. Deshalb sei es nötig, sich für die Abschaffung dieser Haftung stark zu machen. „Mit unserem Antrag stoßen wir auch in diese Richtung.“

„Die Landesregierung schätzt das ehrenamtliche Engagement der Freifunk-Initiativen“, stellte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** klar. Dem Vorschlag der Linken, Landesimmobilien dafür zugänglich zu machen, könne jedoch „nicht grundsätzlich zugestimmt werden“. Aus seiner Sicht sollte sich der Ausbau auf öffentlich zugängliche Einrichtungen beschränken. Dazu bedürfe es „stets einer Einzelfallprüfung“, in der die „Sicherheitsbelange gegenüber den Interessen der Freifunk-Initiative abgewogen werden“. Eine flächendeckende Prüfung für alle Landesimmobilien stünde jedoch in keinem Verhältnis zur „derzeit noch ungeklärten Entwicklung der Freifunk-Initiativen“. Die Landesregierung werde sich mithilfe von Förderprogrammen des Bundes „vielmehr auf den schnellstmöglichen Breitbandausbau konzentrieren“ und „bis zu 50 Millionen Euro für eine schnelle Internetverbindung im ländlichen Raum zur Verfügung stellen“. Zur Störerhaftung verwies Glawe auf die Beratungen im Bundesrat.

„Die Überschrift ist gut, die Begründung super, Ihre Rede war toll. Der Antrag selbst ist jedoch abzulehnen“, sagte **Susann Wippermann** (SPD) gen Helmut Holter. Sie beschleiche das Gefühl, dass DIE LINKE „den zweiten Schritt vor dem ersten“ mache. „Haben Freifunk-Initiativen überhaupt Bedarf, Landesgebäude zu nutzen?“ Sie könne sich vorstellen, dass diese zunächst auf Kommunen zügigen. Anders als die Linken schreibe sie öffentlichen Netzwerken keine „öffentliche

Störerhaftung

Die Störerhaftung ist im Telemediengesetz verankert. Sie besagt, dass Betreiber bzw. Anbieter freier, öffentlicher Netzwerke für das haften, was Nutzer darin tun. Wenn beispielsweise jemand über den Anschluss Raubkopien anfertigt, gilt nicht dieser User, sondern der Netzbetreiber als Störer und wird zur Rechenschaft gezogen. Der Bund hat das Telemediengesetz nun überarbeitet und einen Gesetzentwurf vorgelegt. Demnach soll der WLAN-Betreiber künftig nur haften müssen, wenn er seinen Anschluss nicht angemessen sichert oder sich vom Nutzer die Zusage holt, dass dieser keine Rechtsverletzung begeht. Dem Bundesrat geht das nicht weit genug. Er fordert, die Störerhaftung komplett abzuschaffen.

Daseinsvorsorge“ zu. „Oder hatten Sie die Absicht, ein Landes-WLAN einzurichten?“ Neben einer ungenauen Unterscheidung zwischen „Freifunk“ und „zentralen WLAN-Netzen“ im Antrag bemängelte sie Unklarheiten, wie die Landesimmobilien technisch in den Freifunk eingebunden werden sollen. Wippermann berichtete, dass auch der Landtag ein fertiges öffentliches WLAN-Netzwerk installiert habe, es aufgrund der Störerhaftung jedoch nicht freischalte. Die Bundesländer hätten erkannt, dass die vom Bund vorgeschlagene Novelle des Telemediengesetzes diesbezüglich nicht weit genug gehe, und sich im Bundesrat mehrheitlich für die Abschaffung der Störerhaftung ausgesprochen. Auch Mecklenburg-Vorpommern.

„Frau Wippermann, wenn die Begründung gut ist, die Rede gut ist und die Überschrift auch, dann kann der Antrag doch nicht falsch sein, oder?“, wandte **Johannes Saalfeld** (B' 90/DIE GRÜNEN) ein. „Ich habe das Gefühl, dass Sie nur einen Grund gesucht haben, ihn abzulehnen.“ Auch seine Fraktion halte die Stärkung der Freifunk-Initiativen und die Abschaffung der Störerhaftung für „wichtige Anliegen“. Er verwies darauf, dass die Grünen auf ihrem Landesparteitag vor ein paar Wochen einen ähnlichen Antrag beschlossen hätten und die Kreisgeschäftsstelle in Rostock ihr Netz für eine örtliche Freifunk-Initiative geöffnet habe. „Das wird angenommen.“ Solch freie Netze seien jedoch die Ausnahme. „In Deutschland sind zirka eine Million Hotspots verfügbar. Aber nur 15.000 können ohne Registrierung genutzt werden.“ Damit werde eine Menge Potenzial verschenkt, beispielsweise für zusätzlichen Service in Restaurants oder Geschäften. „Größter Bremsklotz“ sei die Störerhaftung. Daran würde der Gesetzentwurf der Bundesregierung nichts ändern, weil auch er keinen generellen Haftungsausschluss vorsehe.

Dietmar Eifler (CDU) fand es „eigenartig“, dass die Linken immer wieder Bundesratsinitiativen aufgriffen, „um Paralleldebatten im Landtag zu führen“. Davon halte er „grundsätzlich nichts“. Natürlich spiele das Internet heutzutage eine zentrale Rolle im Leben der Menschen. „Dass freie Netze eingeschränkt sind, liegt aber nicht daran, dass keine öffentlichen Immobilien dafür zur Verfügung stehen.“ Das liege allein an der Störerhaftung. „Das ist eine rechtliche Frage, die es zu klären gilt“, denn es gehe um Urheberrechte, ungenehmigte Downloads und Rechtsschutz für Freifunker. Und genau damit befasse sich die Gesetzesinitiative der Bundesregierung. Jetzt „in so einer Oberflächlichkeit“ Netzfreeschaltungen zu fordern, sei nicht angebracht. „Zumal die Landesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht hat, die Initiative im Bundesrat zu unterstützen.“ Seine Fraktion werde den Antrag der Linken deshalb ablehnen.

„Da die Freifunk-Initiativen in letzter Zeit damit beschäftigt waren, Asylantenunterkünfte mit kostenlosem WLAN zu versorgen, erklärt sich auch, warum die Linken das Thema für sich entdeckt haben“, glaubte **David Peterreit** (NPD) den Grund für den Antrag zu kennen. Nichtsdestotrotz thematisiere dieser „richtige Ansätze“. Auch seine Fraktion begrüße

freie Netze und die Abschaffung der Störerhaftung. Das Bild, das DIE LINKE von den Freifunk-Initiativen zeichne, sei zwar „bedeutender und größer, als es die Wirklichkeit abbilden würde“. Doch „wenn die vielen kleinen Projekte gelingen würden, ergäbe sich daraus ein beachtlicher Fortschritt für alle Menschen in Mecklenburg und Vorpommern“.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/4647

Weitere Beschlüsse

Schlachtier- und Fleischuntersuchungen

Künftig dürfen auch niedergelassene Tierärzte Schlachtier- und Fleischuntersuchungen durchführen. Mit einer entsprechenden Gesetzesänderung hat das Land Rechtssicherheit dafür geschaffen. Bisher waren diese Untersuchungen qua Gesetz nur Amtstierärzten erlaubt. „Die Änderungen stellen eine flächendeckende Schlachtier- und Fleischuntersuchung im Land sicher und geben der bereits teilweise praktizierten Praxis einen rechtlichen Rahmen“, hatte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus hierzu in einer Pressemitteilung erklärt. SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten der Gesetzesnovelle am 18. November zu.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4190

Beschlussempfehlung Agrarausschuss Drucksache 6/4695

Studierendenwerke

Die beiden Studierendenwerke in M-V müssen sich an neue Gesetze halten. Diese sehen unter anderem vor, für Kredite eine Obergrenze einzuführen. Demnach darf die Summe aller Darlehen das Eigenkapital nicht überschreiten. Davon abzuweichen, ist nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung des Bildungs- und des Finanzministeriums möglich. Die Studierendenwerke können sich künftig außerdem an privaten Gesellschaften beteiligen und auch KITAS betreiben. Weitere Änderungen sehen eine neue Verwaltungsstruktur vor, in der ein Aufsichtsrat an die Stelle des Verwaltungsrats und Vorstands tritt. Der Aufsichtsrat erhält „umfassende Überwachungs-, Zustimmungs- und Eingriffsrechte“.

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD angenommen. Grüne und Linke stimmten nach einer kontroversen Debatte nicht zu. Aus ihrer Sicht legt das neue Gesetz die Studierendenwerke „an die kurze Leine des Bildungsministeriums“. Die fünf Änderungsanträge der Linken wurden ebenso abgelehnt wie eine Rücküberweisung des Gesetzentwurfs und eine Dritte Lesung.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4049

Beschlussempfehlung Bildungsausschuss Drucksache 6/4686

Änderungsanträge DIE LINKE Drucksachen 6/4719 bis 6/4723



Foto: Jens Büttner

Konferenz der Ostseeparlamentarier

Wie kann der Ostseeraum zur Modellregion für Innovation im Gesundheits- und Sozialwesen werden? Mit dieser Frage hatten sich die knapp 200 Delegierten der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September in Rostock beschäftigt. (vgl. Bericht in den LandtagsNachrichten 6-2015). Im Ergebnis ist ein umfangreicher Forderungskatalog entstanden. „85 Änderungsanträge waren zu diskutieren, bevor die substanzreiche Resolution angenommen werden konnte“, sagte Sylvia Bretschneider, als sie am 19. November den gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN begründete. Unter anderem sollen grenzüberschreitende Initiativen entwickelt werden, die die Zusammenarbeit bei der Behandlung seltener Krankheiten verbessern, gleiche Standards bei der Behandlung ansteckender Infektionskrankheiten anstreben, Arbeitsplätze „sicherer und gesünder“ machen, Abwanderung von Fachkräften verhindern, eHealth und Telemedizin besser in die Regelversorgung integrieren, die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten stärken und „für alle Menschen eine finanzierbare Gesundheitsversorgung“ sicherstellen.

Zudem wird eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit nachhaltigem Tourismus befasst und deren Vorsitz Sylvia Bretschneider übernimmt (siehe auch Seite 20). SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten am Ende der Aussprache ihrem gemeinsamen Entschließungsantrag zu – und forderten die Landesregierung damit auch auf, sich auf regionaler, Bundes- und Europaebene für die Umsetzung der Forderungen einzusetzen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist ein Zusammenschluss nationaler und regionaler Parlamente aus dem Ostseeraum, parlamentarischer Vereinigungen, Experten, politischer Beobachter, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen. Sie treffen sich einmal im Jahr, um Forderungen gegenüber den eigenen Regierungen, der EU, dem Ostseerat und weiteren Akteuren zu formulieren. Nachdem M-V seinen Vorsitz an Lettland abgegeben hat, findet die nächste Konferenz Ende August 2016 in Riga statt.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, B'90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/4644



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bilanzierte 25 spannende und ereignisreiche Jahre Parlamentsarbeit.

Fotos: Hans-Dieter Hentschel

Happy Birthday, Landtag!

Voller Plenarsaal zum Festakt: Feierstunde blickte auf die vergangenen 25 Jahre zurück

Mit einer Feierstunde hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern an seine Geburtsstunde vor 25 Jahren erinnert. Gut 200 Gäste folgten am 17. November der Einladung in den Plenarsaal, darunter auch Wegbereiter und -begleiter der ersten Stunde. Mit dem 26. Oktober 1990 habe ein neues Zeitalter für M-V begonnen – „das der parlamentarischen Demokratie“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die in ihrer Festrede den Bogen von der ersten bis zur sechsten Wahlperiode spannte.

Das Feiern beginnt still. Gesenkte Blicke. Ein Moment des Innehaltens. Schweigen für die Opfer der Terroranschläge in Paris. „Wir sind erschüttert angesichts dieses barbarischen Angriffs auf unser europäisches Wertesystem“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Freiheit, Gleichheit

und Brüderlichkeit seien „Grundpfeiler, auf denen nicht nur die französische Demokratie, sondern auch die Demokratie in unserem Land fußt“.

Freiheit! Sie ist ein „Geschenk“. Eine „Gabe“. Eine „Aufgabe“. Und „Verpflichtung“. Ein „Auftrag, dem Volk von Mecklenburg-Vorpommern zu dienen“, ohne dabei „das Ganze, die Gemeinschaft in Deutschland und in Europa“ aus dem Blick zu verlieren, so schrieb es Prof. Dr. Friedrich Täubrich, erster Alterspräsident, und Rainer Prachtl, erster Landtagspräsident, den 66 Abgeordneten in der ersten Sitzung ins Stammbuch. „Nach 25 Jahren kann ich sagen, diese Ziele sind aktueller denn je!“, griff Sylvia Bretschneider den Freiheitsgedanken auf. Nicht nur in Bezug auf Paris. „Historisch einzigartig haben wir Freiheit und Demokratie auf friedlichem Wege verwirklicht“, sagte sie. Der damals geprägte Ruf ‚Wir sind das Volk‘ stehe sinnbildlich für diese Freiheit, für Vielfalt, Pluralismus, Demokratie und Mitmenschlichkeit. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass der Ruf ‚Wir sind das Volk‘ heute von der NPD und rechtsextremistischen Kameradschaften missbraucht und pervertiert wird“, betonte die Landtagspräsidentin in Anspielung auf deren Umgang mit der Flüchtlingskrise.

Dass der Festakt im Plenarsaal stattfindet, habe Symbolcharakter, so Bretschneider. „Er ist in den vergangenen 25 Jahren ein ganz besonderer Ort gewesen.“ Dabei habe jede



Dr. Martina Bunge, Prof. Dr. Wolfgang Methling, Dr. Armin Jäger, Rainer Albrecht



Klaus Mohr und Wolf-Dieter Ringguth



Oswald Wutzke, Andreas Bluhm und Dr. Klaus Gollert

Wahlperiode ganz unterschiedliche Prioritäten und Akzentsetzungen gehabt. Die erste sei mit 227 Gesetzentwürfen und 195 verabschiedeten Gesetzen von einer „extrem dichten Gesetzgebungsarbeit“ geprägt gewesen. „Aber auch durch parlamentarische Kontrolle und Krisenbewältigung“, sagte sie in Erinnerung an den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen. Aus der zweiten Wahlperiode hob sie die Beratungen und Ergebnisse der Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Versöhnung“ hervor, aus der dritten die gelegten „Fundamente für internationale Zusammenarbeit“. In der vierten sei die Haushaltskonsolidierung maßgeblich gewesen. „Eine ganz neue Herausforderung“ sei in der fünften der Einzug der NPD in den Landtag gewesen. „Erstmals hatte man sich mit Demokratiefeinden auch innerhalb des Parlaments auseinanderzusetzen.“ In der Folge sei der Begriff „Schweriner Weg“ geprägt und mit Leben erfüllt worden.

Die in der Landesverfassung verankerte „politische Willensbildung“ jedoch allein auf Fraktionen, Ausschüsse und den Landtag zu reduzieren, würde „zu kurz greifen“. Dazu gehöre seit Jahren auch ein „freundschaftlich-kritischer“ Austausch mit außerparlamentarischen Vereinigungen, Verbänden und Institutionen. In diesem Zusammenhang hob Sylvia Bretschneider besonders das 2008 gegründete Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ hervor, das landesweit Initiativen und Veranstaltungen unterstütze, „um das Demokratieverständnis bei den Menschen zu festigen und auszubauen“.

Landtag in Zahlen

- 25 Jahre Landtag – das bedeutet auch:
- 234 aktive oder ehemalige Mitglieder des Landtages
 - 599 Sitzungstage
 - 880 Gesetzentwürfe
 - 1611 Beschlussempfehlungen
 - fast 24.000 Drucksachen
 - fast 10.000 Kleine Anfragen
 - fast 4.000 Anträge
 - fast 500.000 Besucher zum Tag des offenen Landtages
 - 177 Ausgaben „LandtagsNachrichten“
 - 4.000 Kinder beim Sternsinger-Empfang
 - 2500 Jugendliche, die sich in Jugendprojekte wie „Jugend debattiert“ oder das Zeitzeugenprojekt in Ravensbrück eingebracht haben

Fotos: Hans-Dieter Hentschel



Zu Beginn der Festveranstaltung gedachten die Teilnehmenden in einer Schweigeminute der Terroropfer in Paris.

Ob Diskussionsforen, Bürger- oder Volksinitiativen – nach Meinung der Landtagspräsidentin nehme auch in der Bevölkerung das politische Interesse wieder zu. „Die übergroße Mehrheit beschäftigt sich inhaltlich ausgewogen – und dabei durchaus kritisch – mit politischen Themen.“ Nach der „bedauerlich“ geringen Wahlbeteiligung von 51,5 Prozent bei der vergangenen Landtagswahl sehe sie darin eine große Chance für die kommende. „Warum sollte es uns nicht gelingen, dieses politische Interesse auch bei der Beteiligung an der Landtagswahl zu aktivieren?“

Nach der Rückschau auf das vergangene Vierteljahrhundert Landtag in Mecklenburg-Vorpommern beendete Sylvia Bretschneider ihre Rede mit einem Wechsel der Perspektive. „Ich bin gespannt, wie unsere Demokratie in 25 Jahren aussieht. Vieles ist im Fluss. Eine Revolution ist sicher nicht zu erwarten. Dass die Zukunft für die Demokratie in unserem Land weitere Evolutionen bereithält, steht für mich jedoch außer Frage. Gestalten wir sie mit.“

Tipp



Die Rede im Wortlaut können Sie auf der Internet-Seite des Landtages lesen. Die Feierstunde wurde aufgezeichnet. Das Video gibt es auf den YouTube-Kanal des Landtages.





Bei einem Podiumsgespräch plauderten Abgeordnete von einst und heute aus ihrem Landtags-Nähkästchen.

Fotos: Hans-Dieter Hentschel

Als 15 Paragraphen Schule machten

Abgeordnete von einst und heute plauderten aus ihrem Landtags-Nähkästchen

Ein Ministerium mit 30 Mitarbeitern, Erbsen unter der Motorhaube, 15 Paragraphen, die Schule machten, und Gesetzesvorbereitung mit Leim und Schere: Wenn zusammengerechnet 99 Jahre Landtag in einer Podiumsrunde sitzen, dann gibt es eine Menge zu erzählen. Anekdoten und Erinnerungen. Erfahrungen und Wünsche. Heiteres und Ernstes. Im Gespräch mit Journalist Jürgen Seidel gaben acht Abgeordnete von damals und heute im Anschluss an die Festrede von Sylvia Bretschneider Einblicke in ihre ganz persönliche Landtagsgeschichte.

Die ersten beiden Landtagssitzungen 1990 haben sich Dr. Klaus Gollert (FDP) tief ins Gedächtnis geprägt, sind hier doch „die wichtigsten Entscheidungen“ getroffen worden, wie jene, Schwerin zur Landeshauptstadt zu küren. „Daran mitzuwirken war eines der beeindruckendsten Erlebnisse für mich.“ Von 1990 bis 1994 saß der Arzt in Doppelfunktion im Landtag: als Abgeordneter und als Sozialminister. Damals habe auch in seinem Ressort eine Menge auf den Weg ge-



bracht werden müssen. Gerade im Bereich der Alten- und Pflegeheime sei der Nachholbedarf groß gewesen. Gleichwohl habe sein Ministerium lediglich „aus 30 Leuten“ bestanden. Vieles sei nur möglich gewesen, weil sowohl die Abgeordneten des Sozialausschusses als auch die Mitarbeiter seines Hauses „sehr sehr gut“ mitgearbeitet hätten. Nicht vergessen wolle er in seinem Resümee aber auch einige negative Dinge. Die Wertekrise zum Beispiel. Oder den Fernsehbeitrag über „Die Hölle in Ueckermünde“, einer Reportage über Missstände in psychiatrischen Einrichtungen. Auf der einen Seite „schon so viel“ in diesem Bereich verbessert zu haben, andererseits aber die „wirklich schlimmen Bilder“ zu sehen, sei „deprimierend“ gewesen. „Es war eine Zeit, in der wir am Aufholen waren, aber nicht alles mit einem Mal erreichen konnten.“

In kurzer Zeit über viele Gesetze zu entscheiden – das sei Dr. Gottfried Timm (SPD) nicht fremd gewesen, als er 1990 Landtagsabgeordneter wurde. „Ich kam ja aus der Volkskammer. Da habe ich schon die ersten gigantischen Erfahrungen damit gemacht.“ Seine „schönsten Erinnerungen“ verbinde er mit der Zeit „draußen im Lande“, erzählte der ehemalige Innenminister (1998 bis 2006). „Was hinter den Schlossmauern passierte, war das eine.“ Diese Dinge „draußen“ den Bürgern zu übersetzen, habe ihm viel mehr Impulse gegeben, die er dann wieder mit in den Landtag genommen habe.



Sigrid Keler und Heidemarie Beyer



Besonders „bedrückt“ habe ihn in der Anfangszeit die „rasante Geschwindigkeit“, in der die Arbeitslosenzahlen hoch- und Industrie und Wirtschaft „den Bach runtergingen“. Die Privatisierungspolitik der Treuhand „draußen bei den Menschen zu vertreten“ sei ein „sehr großer Spagat gewesen“.



„Mir ging es ähnlich“, knüpfte **Jürgen Seidel** (CDU) im Hinblick auf die Volkammer-Erfahrung an seinen Vorredner an. Dadurch sei man schon „ein bisschen vorgewarnt gewesen“ und „nicht mit den Riesenerwartungen in die erste Legislaturperiode gegangen, dass man jetzt alles umreißen könne“.

Er habe sich „bewusst“ für die Landes- und nicht die Bundespolitik entschieden, „weil ich es ein bisschen überschaubarer haben wollte“. „Mit Wehmut“ denke an besondere „Typen“ der ersten Legislaturperiode zurück. „Zum Beispiel an Georg „Schorsch“ Ihde aus Crivitz. „Eines Tages sei er mal mit ihm zusammen im Auto zum Landtag gefahren. Am Parkplatz angekommen, habe Georg Ihde die Motorhaube hochgeklappt und eine Dose Erbsen „vom Auspuffkrümmer“ hervorgeholt. „Die hatte sich bis Schwerin erwärmt“, sodass Ihde sie dann essen konnte, gab der frühere Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident unter Gelächter aus dem Publikum zum Besten.



Andreas Bluhm (DIE LINKE) erinnerte sich insbesondere an die „Aufbruchstimmung“, die 1990 überall im Landtag zu spüren gewesen sei. „Wir waren ja alle Lernende.“ Zuerst sei das „normale Abgeordnetengeschäft“ dran gewesen. „Danach haben wir Lehrbücher und Literatur gewälzt.“ Ohne Computer eine Synopse von einem

Gesetz zu erstellen, sei „feinste Klebearbeit“ gewesen. Anders als heute hätten Landtagssitzungen zudem „bis weit nach Mitternacht“ gedauert. Manche Dinge von damals würde er in ihrem Prinzip gern wiederbeleben. „Mit 15 Paragraphen ein ganzes Schulsystem zu regulieren, das war schon

beeindruckend“, sagte er in Anspielung auf das erste Schulgesetz, das bis 1996 galt. Er frage sich, ob nicht auch heute weniger manchmal vielleicht mehr sein könnte.



„Die Bündnisgrünen haben ja 22 Jahre gebraucht, um in den Landtag zu kommen“, sagte **Silke Gajek**. Dann sei es aber auch Zeit gewesen. Anders als ihre Vorredner legte sie den Fokus ihrer Betrachtung auf die Zukunft. „Meine Erwartung ist, dass wir 2016 mindestens 60 Prozent Wahlbeteiligung erreichen, wir die NPD und AfD entzaubern und dass die demokratischen Kräfte zusammenstehen, damit das, wofür wir 1989 auf die Straße gegangen sind, nämlich Meinungsfreiheit, gelebt wird und wir den Rassisten keinen Millimeter überlassen.“



Innenminister **Lorenz Caffier** (CDU) war der einzige in der Runde, der dem Landtag seit der ersten Stunde bis heute angehört. Die Aufbauzeit sei für ihn „sehr spannend“ gewesen. Das Parlament sei „total bunt“ und „ausschließlich aus Seiteneinsteigern“ zusammengesetzt gewesen. „Wir haben einfach entschieden und gemacht und hatten noch nicht so viele Bedenkenräger wie heute.“ Summa summarum hätten sich seine Erwartungen „ohne Wenn und Aber“ erfüllt, sagte er kurz und knapp.



Nach dem Dienstältesten in der Runde hatte **Susann Wippermann** (SPD) das Wort, die erst im Januar 2014 für Dr. Magret Seemann in den Landtag nachgerückt war. Wünsche? Nein, die habe sie nicht gehabt, als sie „in ein gut geöltes System“ gekommen und Expertin für Hochschulpolitik geworden sei. „Die Opposition scharfte schon mit den Hufen. Das war ja ein Thema, das hochkochte.“ Für sie sei es so etwas wie der Sprung ins kalte Wasser gewesen. „Im Laufe der Zeit habe ich mich aber gut eingearbeitet, der Motor läuft.“



Uta-Maria Kuder und Renäte Holznagel



Martynas Levickis begeistert mit seinem virtuosen Spiel



Siegfried Friese und Dr. Georg Diederich



An der Festsitzung nahmen Vertreter aller Fraktionen, zahlreiche ehemalige Abgeordnete sowie Repräsentanten von Institutionen, Vereinen und Verbänden teil.

Fotos: Hans-Dieter Hentschel



Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der Linken, vergegenwärtigte in seiner Rückschau noch einmal, dass die Abgeordneten der Linken Liste/PDS in der ersten und zweiten Wahlperiode „die geballte Kritik und Prügel für das, was in der DDR war“, hätten einstecken müssen. Das sei aber „richtig und notwendig“ gewesen, schließlich habe es in der Partei damals auch eine Diskussion darüber gegeben, ob die Bundesrepublik „unser Staat“ sei. „Heute diskutieren wir nicht mehr über das Ankommen. Heute sind wir auch nicht die Außenseiter und Ausgestoßenen.“ Zwischenzeitlich sei seine Partei sogar in der Regierung gewesen. „Was ich wollte, ist aufgegangen: Ich wollte, dass die Linke sich öffnet für die Gesellschaft – und das haben wir hier im Parlament auch geschafft.“

Nach der Rückschau lenkte Moderator Seidel den Blick angesichts der bevorstehenden Landtagswahl im kommenden Jahr auf die Wahlbeteiligung, die seit 1998 kontinuierlich gesunken ist. „Ist das ein Zeichen von Politikverdrossenheit? Und was würden Sie anders machen?“, fragte er in die Runde. „Ich glaube nicht, dass die Menschen politikverdrossen sind“, entgegnete Helmut Holter. Er sieht die Ursache vielmehr bei den Politikern. „Ich bin überzeugt, sie haben eine Sprache entwickelt, die die Menschen kaum noch verstehen.“ Botschaften verständlicher zu formulieren, werde auch die Wahlbeteiligung wieder erhöhen. Dieser Auffassung schlossen sich alle anderen aus der Runde an. „Wir haben manchmal ein bisschen die Bodenhaftung verloren“, merkte Susann Wippermann an. „Wir sollten das Ohr an die Masse legen und zuhören.“ „Das ist alles richtig“, bekräftigte Jürgen Seidel. Gleichwohl sei Politik aber auch „furchtbar kompliziert geworden“. Gottfried Timm forderte von den amtierenden Politikern „mehr Mut zur Führung“, in der „klar und deutlich“ gesagt werde, wo es langgeht.



Jürgen Suhr und Harry Glawe



Jörg Heydorn, Lorenz Caffier und Regine Lück



Sylvia Bretschneider und Hinrich Kuessner

Vergabegesetz

Öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss

Das Vergabegesetz M-V ist seit Juli 2011 in Kraft, 2012 wurde es unter anderem um eine vergaberechtliche Mindestlohnregelung ergänzt. Auf Forderung des Landtages hat die Landesregierung die Evaluierung des Vergabegesetzes veranlasst. Die beauftragte Wegweiser GmbH Berlin empfahl eine „behutsame Weiterentwicklung“ des Gesetzes. Die von der CDU/SPD-Koalition vorgelegte Gesetzesnovelle greift einige der Forderungen auf und berücksichtigt zugleich das Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes. Nach Erster Lesung am 21. Oktober überwies der Landtag den Gesetzentwurf in die Ausschüsse. Am 5. November befragte der federführende Wirtschaftsausschuss Sachverständige zu ihrer Meinung.

Siegbert Eisenach, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Schwerin, begrüßte die Entfristung des Vergabegesetzes. Zudem regte er an, Regelungen zur „Zubenennung“ und „Präqualifikation“ aufzunehmen, die Schwelle der Angemessenheit des Preises für Bauleistungen bei zehn Prozent zu belassen sowie die Schwelle für Liefer- und Dienstleistungen anzuheben. Weitere Sanktionsmöglichkeiten seien aufgrund der bundesgesetzlichen Regelung verzichtbar, wie auch die Berücksichtigung vergabefremder Aspekte.

Laut **Edgar Hummelsheim**, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Schwerin, habe sich bei Vergaben immer wieder gezeigt, dass auf das „billigste“ und nicht das „wirtschaftlichste“ Angebot zurückgegriffen werde. Deshalb sei eine Professionalisierung der Vergabeentscheidung erforderlich. Zudem seien klarstellende Regelungen im Vergabegesetz zum „wirtschaftlichsten Angebot“ sinnvoll.

Die geplanten Verfahrenserleichterungen kämen sowohl den Unternehmen als auch den Vergabestellen zugute, sagte **Dipl.-Ing. Klaus Reisenauer**, Geschäftsführer der Auf-

tragsberatungsstelle M-V. Er schlug vor, Unternehmen, die ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sowie Gesetzestreue bereits über die Auftragsberatungsstelle M-V nachgewiesen haben, bei Vergaben als geeignete Unternehmer zu berücksichtigen. Der bisher geforderte Nachweis der unternehmerischen Eignung sei mit hohem Zeit- und Kostenaufwand verbunden, sodass sich immer weniger Unternehmen um öffentliche Aufträge bewerben würden.

Heiko Gröppler vom DGB Nord begrüßte – auch im Namen des EVG Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V. – die Entfristung des Gesetzes sowie die Tariftreueregelung für den Bereich ÖPNV/SPNV. Auf die vorgesehenen Schwellenwerte für Bauleistungen solle jedoch verzichtet werden. Kritisch werde auch die Erhöhung des Wertes zur Feststellung „unangemessen hoher oder niedriger Preise“ von zehn auf 20 Prozent gesehen.

Dipl.-Ing. Rolf Schmidt (Ingenieurrat M-V) schlug vor, im Vergabegesetz klarzustellen, dass die freiberuflichen Leistungen nicht der VOL zuzuordnen und freiberufliche Leistungen von Architekten und Ingenieuren zwingend nach der HOAI zu vergeben seien. Zudem sei das Vergabegesetz für die Vergabe freiberuflicher Leistungen nicht ausreichend praxistauglich, solange es für die Vergabe freiberuflicher Leistungen nicht eindeutig von den Vergabevorgaben der Landeshaushaltsordnung abgekoppelt werde. Vergabegesetz, Durchführungsverordnung und Verwaltungsvorschrift müssten eine Einheit bilden. Er plädierte für eine einheitliche Auskunftsstelle beim Wirtschaftsministerium.

Arp Fittschen (Städte- und Gemeindetag M-V) hält ein Landes-Vergabegesetz für nicht erforderlich. Der Mindestlohn sei bundesgesetzlich geregelt. Befürwortet würden die Wertgrenzen. Die Übertragung der Mindestlohn-Kontrolle auf eine „andere Stelle“ führe zu einer Entlastung der kommunalen Auftraggeber. Auch er forderte eine Regelung, wonach die VOL nicht für freiberufliche Leistungen gelte.

Evaluierungs-Gutachten der Wegweiser GmbH Berlin

Drucksache 6/3887

Gesetzentwurf CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/4590



Foto: Jens Büttner

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist die Einhaltung des Mindestlohns von 8,50 € vorgeschrieben.



Foto: Landtag M-V

Bei der Anhörung im Innenausschuss ab 2.v.l.: Hans-Kurt van de Laar (Landkreistag M-V), Klaus-Michael Glaser (Städte- und Gemeindetag), Hannes Möller (Landesfeuerwehrverband), Jörn Liebig (Gewerkschaft der Polizei) und Jörg Janke (Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren).

Brandschutzgesetz

Sachverständigen-Anhörung im Innenausschuss zur geplanten Gesetzesnovelle

Über 900 Freiwillige Feuerwehren gewährleisten gemeinsam mit sechs Berufsfeuerwehren die Brandbekämpfung im Land und wirken im Katastrophenschutz und Rettungsdienst mit. In den vergangenen Jahren haben sich die Feuerwehren zu universellen lokalen und regionalen Hilfeeinrichtungen entwickelt. Um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, soll das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz novelliert werden. Am 18. November hatte der Landtag den entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung in erster Lesung behandelt und zur Detailberatung in den Innenausschuss überwiesen. Dieser führte am 26. November eine öffentliche Anhörung durch. Zentrale Forderungen der Sachverständigen waren ausreichend qualifiziertes Personal, eine angemessene Ausstattung sowie die Nachwuchsförderung.

Hans-Kurt van de Laar vom Landkreistag forderte eine einvernehmliche Brandschutzbedarfsplanung von Gemeinden und Landkreisen. Die für die Bedarfsplanung nötigen Schutzziele müssten konkretisiert werden. Die Feuerwehreinheitstellen als Teil der integrierten Leitstellen sollten genauer definiert werden.

Auch Klaus-Michael Glaser (Städte- und Gemeindetag M-V) befürwortete eine flächendeckende Brandschutzbedarfsplanung und betonte die besondere Bedeutung der Ämter. Er sprach sich gegen eine Verschiebung der Verantwortung an die Landkreise aus. Zudem plädierte er – wie auch Hannes Möller vom Landesfeuerwehrverband M-V – dafür,

die Berufsfeuerwehren in den kleinen Städten zu halten, um Fachkompetenz und qualitatives Handeln zu gewährleisten. Ein Fortbestehen der Mischform Berufs- und Freiwillige Feuerwehr sei wichtig und ermögliche es, auch angesichts des demografischen Wandels, neue Berufsmodelle zu erschließen.

Jörg Janke von der Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren sprach sich gegen eine Gesetzesänderung aus, die die gleichzeitige Mitgliedschaft in mehreren Organisationen, die neben der Feuerwehr zum Einsatz kommen könnten, erlaubt. Ehrenamtliche Tätigkeiten und berufliche Einbindung in den Rettungsdienst zum Beispiel könnten im Ernstfall leicht kollidieren.

Neben der Gewerkschaft der Polizei nahm auch der Deutsche Gewerkschaftsbund schriftlich Stellung. Der DGB plädierte dafür, professionelle Standards und hohes Niveau durch Hauptamtliche abzusichern, und befürwortete auf der Ebene der Landkreise eine Mischform aus Berufsfeuerwehr und freiwilliger Feuerwehr in „Hauptberuflichen Wachbereitschaften“, deren Organisation optimiert werden könnte. Der dbb Beamtenbund und Tarifunion begrüßte ebenfalls die Aufnahme der Brandschutzbedarfsplanung in das Gesetz und forderte zudem ein erweitertes Führungszeugnis für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr ab dem 14. Geburtstag, um Bestrebungen von Extremisten, in den Feuerwehren Fuß zu fassen, entgegenzuwirken.

Auf der Grundlage der Anhörungsergebnisse haben die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag erarbeitet, der in der abschließenden Ausschussberatung am 2. Dezember verabschiedet wurde. Der Innenausschuss empfiehlt dem Landtag, dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den beschlossenen Änderungen noch in diesem Jahr zuzustimmen.

Entwurf Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz M-V
Drucksache 6/4642

Schulgesetz

Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

Bei mehreren Grundschulen im Ort ermöglichen die kreisfreien sowie die ehemals kreisfreien Städte im Rahmen der Kapazitäten den Eltern die freie Schulwahl. Diese Praxis ist aber vom geltenden Schulgesetz nicht gedeckt. Durch eine rechtliche Klarstellung kann die bisher praktizierte Schulwahlfreiheit an Mehrfachstandorten aufrechterhalten bleiben. Ein entsprechendes Änderungsgesetz der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE hat der Landtag am 23. September in erster Lesung behandelt und zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen. Am 11. November führte der Bildungsausschuss hierzu eine öffentliche Anhörung durch.

Die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft M-V** kritisierte, dass weder im geltenden Schulgesetz noch im vorliegenden Gesetzentwurf eine einheitliche Regelung für die Kostenübernahme bei der Schülerbeförderung enthalten sei. Ihre Forderung: für alle Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern müsse dies, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern und unabhängig vom Wohnort, gleich geregelt sein.

Die **Interessengemeinschaft Geschwisterkind** begrüßte zwar grundsätzlich die Bestrebungen, die Wahlfreiheit im Primarbereich zu legitimieren, betonte aber gleichzeitig, dass der Gesetzentwurf die in der Vergangenheit aufgetretenen Probleme nicht beheben würde. Da eine Regelung zum Vergabeverfahren bei einer Kapazitätsüberschreitung fehle, werde es in diesem Bereich auch künftig zu Rechtsstreitigkeiten kommen. Die beabsichtigte Wahlfreiheit werde durch die Festlegung von festen Einzugsgebieten verhindert. Des Weiteren würden die im Schulgesetz genannten Kriterien des Schulplatzvergabeprozesses nicht ausreichen und sollten unter anderem um die sogenannte Geschwisterregelung erweitert werden. Das bisherige Verfahren, alle Schulen von kreisfreien Städten als örtlich zuständige Schule anzusehen, sei sinnvoll und würde am ehesten einer Wahlfreiheit entsprechen.

Der **Landeselternrat M-V** hob hervor, dass der Gesetzentwurf nur eingeschränkte Wahlmöglichkeiten biete und pädagogische Konzepte sowie Neigungen und Interessen der Kinder dabei keine Beachtung finden würden. Auch diene die Gesetzesänderung nicht der Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie. Fehlen würden ferner Regelungen zu Geschwisterkindern sowie eine Gleichstellung öffentlicher Schulen und Schulen in freier Trägerschaft bei der Schülerbeförderung.

Der **Städte- und Gemeindetag M-V** sprach sich dafür aus, die bisherige Praxis beizubehalten. Andernfalls würden immense verwaltungstechnische Probleme sowie weitere Kosten entstehen. Ein Anspruch auf Aufnahme in eine durch Einzugsbereiche starr festgelegte örtlich zuständige Schule sei für Schulträger, deren Schulen als Schulen am Mehrfach-



Fotos: Jens Büttner

Gibt es in der Stadt mehrere Grundschulen, haben die Eltern im Rahmen der Kapazitäten eine freie Schulwahl für ihre Sprösslinge.

standort zählen, weder sinnvoll noch umsetzbar.

Die **Landeshauptstadt Schwerin** schloss sich der Auffassung des Städte- und Gemeindetages an und betonte, dass die angedachte Gesetzesänderung Eltern und Kommunen keine Vorteile verschaffen und eher zu einem höheren Verwaltungs- und Kostenaufwand führen werde. Wichtiger wäre eine Anpassung des Schulgesetzes hinsichtlich der Kostenübernahme für die Schülerbeförderung in den kreisfreien Städten.

Der **Landkreis Rostock** merkte an, dass die verpflichtende Festlegung von Einzugsbereichen eindeutig eine Einschränkung von Steuerungsmöglichkeiten bei der gleichmäßigen Auslastung aller Grundschulen im Territorium bedeuten würde.

Der **Philologenverband M-V** hielt die Festlegung von verbindlichen Einzugsbereichen ebenfalls für nicht sinnvoll und regte gleichfalls eine gesetzliche Verankerung der Geschwisterregelung an.

Der **Verband Bildung und Erziehung M-V** begrüßte, dass an Mehrfachstandorten nunmehr auch im Primarbereich eine gewisse Schulwahlfreiheit gelten würde. Allerdings sollte dabei unter den Aspekten der Schulstandorte, der Bestandsfähigkeit von Schulen und der Folgen auf den Schülerverkehr immer die wohnortnächste Schule als zuständige Schule betrachtet werden.

*Gesetz zur Vierten Änderung des Schulgesetzes
Drucksache 6/4524*

Nachhaltiger Tourismus

Erstes Treffen der neuen BSPC-Arbeitsgruppe

Am 13. November konstituierte sich die neue Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ der Ostseeparlamentarierkonferenz. Die Bildung der AG geht auf eine Forderung in der Abschlussresolution der 24. Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) zurück, die vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock stattfand. Der AG-Vorsitz wurde

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** übertragen. Ziel des Gremiums ist es, der BSPC Vorschläge zu nachhaltigen Ansätzen in der Tourismusentwicklung zu unterbreiten und sich dazu im Laufe seines zweijährigen Mandats auch mit den Tourismusakteuren in den Regionen abzustimmen.

Zunächst gab **Michael Deckert** vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (dwif) einen Überblick zum Themengebiet und unterstrich die vielfachen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen eines nachhaltigen Tourismus. Er stellte eine Reihe von Beispielen für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen im Tourismussektor vor. Allerdings gebe es bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards im Tourismuswesen auch Hindernisse, wie beispielsweise zusätzliche Kosten, teilweise als fehlend empfundener Mehrwert und Komfort, ein unzureichendes Informationsangebot oder nur teilweise aussagekräftige Nachhaltigkeitszertifikate. Die bereits bestehenden Ansätze in der Ostseeregion im Bereich des nachhaltigen Tourismus sind laut Deckert sehr vielfältig und auch unterschiedlich. Der Experte empfahl der Arbeitsgruppe die Entwicklung eines einheitlichen Verständnisses des Konzepts „nachhaltiger Tourismus“.

Diesen Aspekt vertiefte **Johannes Volkmar** vom Landestourismusverband (TMV), der die Parlamentarier über die Meilensteine in der Entwicklung des Ostseetourismusforums informierte. Der TMV hat sich in den vergangenen Jahren beim Aufbau eines internationalen touristischen Netzwerkes im Ostseeraum stark engagiert. Seit 2008 finden mit dem Ostseetourismusforum jährliche Treffen von internationalen touristischen Leistungsträgern der Ostseeanrainer statt, um gemeinsam der Destination Ostsee als touristische Marke zu mehr Aufmerksamkeit auf dem globalen Tourismusmarkt zu verhelfen.

Als dritte Referentin sprach **Dr. Anja Gelzer** vom Wirtschaftsministerium M-V. Dort wird der Schwerpunktbereich „Tourismus“ der EU-Ostseestrategie koordiniert. Die Strategie dient unter anderem der Entwicklung der Ostseeregion als gemeinsame und kohärente Tourismusdestination.

Foto: Landtag M-V



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe und geladene Experten in Rostock.

Im Anschluss folgte eine intensive Diskussion über die Rentabilität von nachhaltigem Tourismus, wirtschaftliche Anreize, die Möglichkeit einer gemeinsamen Vermarktung der Ostseeregion als Tourismusdestination und die Einbeziehung der Privatwirtschaft in Tourismusstrategien.

Im Rahmen der Sitzung informierte die Landtags-Abgeordnete **Stefanie Drese** die Ostseeparlamentarier auch über einen Antrag zum nachhaltigen Tourismus, der in der November-sitzung auf der Tagesordnung des Landtages stehe (*Drucksache 6/4651*). Darin werde die Landesregierung aufgefordert, den nachhaltigen Tourismus und die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene weiter zu fördern. Gefordert würden des Weiteren Konzepte und Strategien zur länderübergreifenden Zusammenarbeit in diesem Bereich. Nachhaltige Ansätze würden als Möglichkeit zur Entwicklung ländlicher Räume, zur Schaffung von Synergien und zur weiteren Wirtschaftsförderung in der Breite gesehen.



Foto: Jens Büttner

M-V soll nicht nur für Sommer-Touristen attraktiv sein.

Landtag und nachhaltiger Tourismus

Die Themen Kooperation im Ostseeraum und nachhaltiger Tourismus standen auch auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen im November.

Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmte der Landtag am 19. November der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz zu.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4644

„Nachhaltiger Tourismus als Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung von M-V“ lautete der Titel eines Antrags der SPD/CDU-Koalition. Er zielte auf eine

intensivere Zusammenarbeit der regionalen Tourismusverbände, die Entwicklung von Regionalmarken als Werbeträger, die Förderung des saisonal übergreifenden Tourismus, die zielgerichtete Fördermittelvergabe zur Forcierung des Ganzjahrestourismus und Strategien gegen den Fachkräftemangel. Die Inhalte und Anliegen des Antrags soll der Landtag M-V in die Erörterungen der BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ einbringen.

Dem Koalitions-Antrag stimmten SPD, CDU und DIE LINKE zu, die Grünen enthielten sich, die NPD stimmte dagegen.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4651

Änderungsantrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4727

Änderungsantrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4726



Foto: Landtag M-V

Mitglieder des Energieausschusses und Minister Christian Pegel im Brüsseler Informationsbüro von Mecklenburg-Vorpommern.

Brüssel-Reise

Energieausschuss bei europäischen Institutionen

Zum dritten und letzten Mal in dieser Wahlperiode informierte sich der Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung in Brüssel über für Mecklenburg-Vorpommern wichtige Themen. Die Gespräche bei verschiedenen europäischen Institutionen dienten dazu, tiefere Einblicke in die neuesten Entwicklungen ausschussrelevanter Themen, wie Energieunion, Beihilfefragen und Hafeninfrastruktur, Breitbandausbau und Straßenbenutzungsgebühren, zu gewinnen. Darüber hinaus fand auch ein Meinungsaustausch mit Mitgliedern des EU-Parlaments sowie mit Vertretern politischer Stiftungen statt.

Die Abgeordneten wurden temporär von Landesminister Christian Pegel begleitet und besuchten das Europäische Parlament, die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU sowie das Brüsseler Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Zum Auftakt nahm die Delegation an einer Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tourismus im Europäischen Parlament teil.

Die Gründung einer **Europäischen Energieunion** ist eines der zentralen Ziele der Europäischen Kommission, um die Energie- und Klimaschutzziele bis 2030 zu erreichen. Schwerpunkte sind dabei unter anderem die Versorgungssicherheit, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Umgestaltung des europäischen Strommarktes, die Dekarbonisierungs-Agenda und die Überprüfung des Emissionshandelssystems der Europäischen Union.

Unstrittig ist die zentrale Bedeutung des Themas **Mobilität**, da die Mobilitätsnachfrage stetig wachse. Gefordert werden insbesondere die Abschaffung von Subventionen für fossile Treibstoffe, eine steuerliche Besserstellung des ÖPNV sowie die Lenkung der individuellen Mobilität sowie von Warenverkehrsströmen auf emissionsarme Verkehrsträger.

Eine besondere Herausforderung stellt der **Breitbandausbau** vor allem in ländlichen Regionen dar. Das schrittweise Vorgehen wie in den Städten ist aufgrund der vorhandenen Technik und der Entfernungen schwierig. An Beispielen in Irland und Schweden wurde dargelegt, dass ein Glasfaseranschluss bis zum Haus (FTTH-Technik) letztlich der kostengünstigste Weg sei, sofern man zukünftigen Anforderungen für datenintensive Anwendungen gerecht werden wolle. Die Vectoring-Technik über Kupferkabel stelle dagegen nur eine kurz- bis mittelfristige Übergangslösung dar und konzentriere sich zudem auf städtische Bereiche. Um den adäquaten Ausbau im Land gewährleisten zu können, sollten Kredite der Europäischen Investitionsbank mit einer Laufzeit von 30 bis 50 Jahren verstärkt genutzt werden.

In Bezug auf EU-Beihilfen für **Hafen-Infrastrukturmaßnahmen** will die Europäische Kommission von der Einzelfall-Notifizierung abrücken und Infrastrukturmaßnahmen in Häfen im Rahmen einer Gruppenfreistellungsverordnung auf der Grundlage eines sogenannten „analytical grids“ einheitlich regeln. Wichtige Kriterien dafür seien die Höhe der geplanten Beihilfe sowie deren Anteil an den Gesamtkosten. Der Vertreter der Generaldirektion Verkehr erläuterte die seit langem bestehenden Probleme bei der **Finanzierung des Baus von Straßen** sowie deren Unterhaltung in der EU. Ein wichtiger Aspekt sei neben staatlicher Daseinsvorsorge eine Kostenbeteiligung der Nutzer. So könne beispielsweise mit der Ausweitung der Eurovignette, die zurzeit in den Benelux-Staaten sowie Dänemark und Schweden verbindlich sei, der Aufwand der digitalen Erfassung über „onboard-units“ und andere technische Einrichtungen deutlich verringert werden. Grundsätzlich seien aber gerade entfernungsabhängige Mautgebühren, wie sie für Lkw-Verkehre erhoben werden, der gerechtere Weg.

Ausschussvorsitzender **Rudolf Borchert** wertet die Vorterrmine in Brüssel als wichtigen politischen Meinungsbildungsprozess. „Gerade persönliche Gespräche mit der Fachebene liefern wichtige Erkenntnisse und unterstützen das Verstehen von Entscheidungsprozessen“, betonte er. Darüber hinaus sensibilisiere eine kontinuierliche Begleitung der europäischen Entwicklungen auf der Ausschussebene europäische Entscheidungsträger für die besonderen Probleme strukturschwacher Regionen.



Vize-Präsidentin Silke Gajek (rechts) mit Schülerinnen und Schülern des Schweriner Gymnasiums Fridericianum, die sich mit dem Thema Flucht befasst hatten.

Fotos: Landtag M-V

Geschichte passiert vor der Haustür

11. Jugendgeschichte im Schweriner Schloss

Da wurde es selbst im großen Schweriner Schloss eng, als am 27. November zum 11. Jugendgeschichte rund 250 Schülerinnen und Schüler den Landtag stürmten. Im Gepäck hatten sie die Ergebnisse ihrer Zeiteisprung-Projekte. Mit gut vorbereiteten Präsentationen nutzten sie die Chance, ihre Arbeit in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Vize-Präsidentin Silke Gajek begrüßte die Zeiteispringer im Plenarsaal und lobte die jungen Hobby-Historiker für ihr Engagement.

Ihre Themen haben sich die Zeiteispringer quasi vor der Haustür gesucht. So tauchten sie in die DDR-Regionalgeschichte ein, wie z.B. die Falken aus Bad Doberan, die das Leben in ihrer Stadt zur Zeit des Sozialismus erforschten, oder das Projektteam aus Rostock, das die Entwicklung von Jugendsubkulturen vor und nach der Wende unter die Lupe nahm. Unter dem Dach ihrer Kirchgemeinde Gnoien-Wasdow suchten die Schüler Spuren jüdischen Lebens in Gnoien. Feldberger Schüler präsentierten sich mit ihrem Theaterstück „Tausend und eine Geschichte“, die Jugendlichen vom Innerstädtischen Gymnasium Rostock begeisterten mit dem Musical „Like a Rolling Stone“, der Filmclub Güstrow e.V. hatte eine Spielebox entwickelt. Insgesamt 25 Projekte waren im Schloss dabei. Bei der Projektmesse und der Zeiteisprung-Gala auf der Bühne im Plenarsaal gab es auch ausreichend Gelegenheit, sich untereinander über die Erfahrungen bei der Erforschung von Regionalgeschichte auszutauschen.

Organisator des Projekts „Zeiteisprünge“ ist der Landesjugendring M-V. Unterstützung gibt es durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Stiftung Mecklenburg und die Landeszentrale für politische Bildung. Schirmherrin des Jugendgeschichte ist Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

www.ljrmv.de | www.zeiteispruenge.org

Brücken bauen

Ausstellung der „Jungen Europäer“ aus Demmin im Schloss



Die Präsentation ihrer Ausstellung „Kultur kann Brücken bauen“ hat sich für den Verein „Junge Europäer Demmin e. V.“ gleich mehrfach gelohnt. Zum einen erfreuten die Zeichnungen von jungen Menschen aus Deutschland, Polen und Litauen die Gäste und Nutzer des Schweriner Schlosses, zum anderen fanden gleich bei der Eröffnung acht der Gemälde Käufer, darunter mehrere Landtagsabgeordnete. Mit dem Erlös will der Verein weitere humanitäre Projekte in den östlichen Nachbarländern Deutschlands unterstützen.

Sylvia Bretschneider würdigte bei der Eröffnung der Ausstellung am Rande der November-Plenarsitzungen das Engagement des Vereins. Durch zahlreiche soziale Projekte bauen die Jungen Europäer seit mehr als 15 Jahren Brücken zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarländern. Dabei verlieren sie nie ihr wichtigstes Ziel aus den Augen, den jungen Menschen den europäischen Gedanken näher zu bringen.

Flüchtlingshilfe



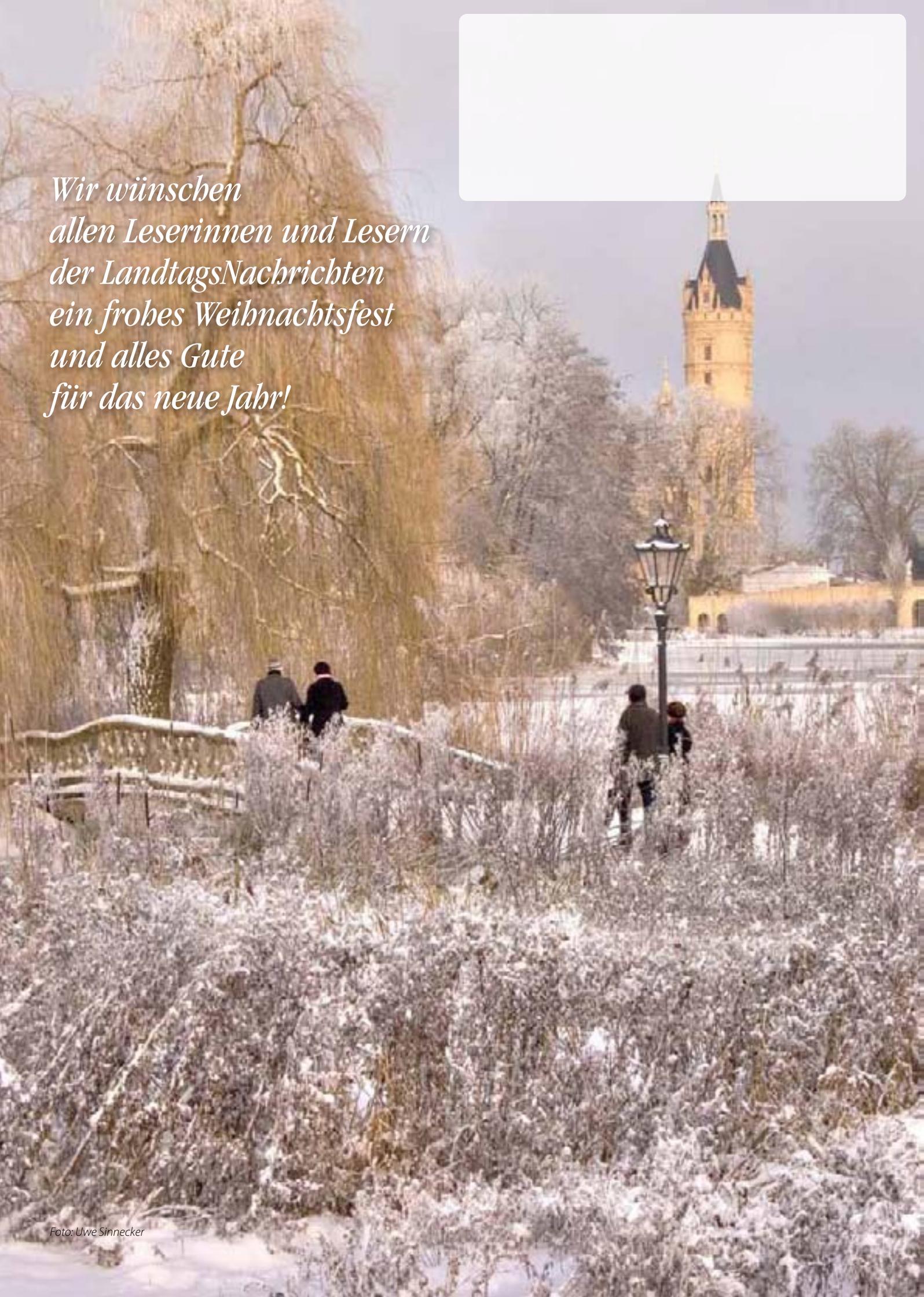
Am 3. Dezember unterstützten acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Stern Buchholz die Arbeit der dortigen Kleiderkammer. Gemeinsam mit Angehörigen des Malteser Hilfsdienstes, Flüchtlingen und weiteren Freiwilligen sortierten sie gespendete Kleidung und teilten diese an Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung aus. Der Einsatz war bereits die dritte Aktion der Landtagsverwaltung, um die Arbeit der Flüchtlingshilfe im Land zu unterstützen.

Schweriner Schlossfest mit Tag der offenen Tür

im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
17. bis 19. Juni 2016

Herzstück der BUGA 2009, Kandidat für das UNESCO-Welterbe, Museum und der schönste Landtagssitz Deutschlands – das Schweriner Märchenschloss ist zu jeder Jahreszeit ein lohnendes Reiseziel.

Besonders viel zu erleben gibt es am dritten Juni-Wochenende. Das Schlossfest nimmt Sie mit auf eine Zeitreise vom Leben am Hofe bis in die Gegenwart. Am Freitag- und am Samstag-Abend wird das Schloss bei dem Lichtspektakel „Son et Lumière“ in Szene gesetzt. Während am Sonnabend dann beim historischen Schlossfest das höfische Treiben des 19. Jahrhunderts wieder auflebt, steht am Sonntag die aktuelle Landespolitik im Focus. Bei seinem traditionellen „Tag der offenen Tür“ lädt der Landtag zur Besichtigung seiner Räume ein, Fraktionen und Fachausschüsse informieren über ihre Arbeit, Abgeordnete stehen für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Geöffnet sind an diesem Tag auch die historischen Räume des Schlossmuseums und die Schlosskirche. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

A winter scene in a park. In the foreground, there are dense, snow-covered bushes. A wooden bridge with a railing crosses a small stream or path. Two people are walking on the bridge. To the right, a black lamppost stands near a path where another person is walking. In the background, a tall, ornate tower with a dark roof and a spire is visible, surrounded by bare trees. The sky is overcast.

*Wir wünschen
allen Leserinnen und Lesern
der LandtagsNachrichten
ein frohes Weihnachtsfest
und alles Gute
für das neue Jahr!*